

**Datum**

10. September 2021

**Familien im Dauerstress**

ZdK-Hauptausschuss fordert stärkere Berücksichtigung des Kindeswohls in der Pandemie

Der Hauptausschuss des Zentralkomitees der deutschen Katholiken (ZdK) hat sich den Forderungen der Katholischen Elternschaft Deutschlands (KED) nach größerer Berücksichtigung des Kindeswohls in der Pandemie angeschlossen. „Das Zusammenleben in den Familien ist durch Homeoffice, Kurzarbeit, Existenzsorgen und Homeschooling extrem belastet. Vor allem Familien in prekären Wohnsituationen stehen vor immensen Herausforderungen“, sagte ZdK-Präsident Thomas Sternberg.

Die Bundesvorsitzende des Elternverbandes, Marie-Theres Kastner, hatte zuvor die Ergebnisse der zweiten KED-Studie „Lernen zu Hause im zweiten Lockdown“ im Hauptausschuss vorgestellt. Während sich die technische und didaktische Situation im Vergleich zum ersten Lockdown verbessert hätten, deckte die Studie auf, dass sich das seelische Befinden der Kinder dramatisch verschlechtert habe, so Kastner. Insgesamt seien 3976 Schüler\*innen befragt worden. 72 Prozent von ihnen fühlten sich gereizt, 69 Prozent antriebslos. 85 Prozent hätten angegeben, die Begegnung mit Mitschüler\*innen und die schulischen Aktivitäten zu vermissen. „Das Gefühl der Überforderung ist im Vergleich zum ersten Lockdown gestiegen. Dabei leiden vor allem Kinder aus bildungsfernen Familien.“ 76 Prozent der befragten Schüler\*innen, Eltern und Lehrer\*innen (insgesamt 10273 befragte Personen) seien überzeugt, dass die ungleichen Lebenschancen in unserer Gesellschaft durch Corona zunehmen, sagte Kastner.

Auf dem Hintergrund dieser alarmierenden Studienergebnisse schloss sich der Hauptausschuss des ZdKs den Forderungen der KED an. Es sei notwendig, den Bedürfnissen der Kinder und Jugendlichen einen ebenso hohen Stellenwert einzuräumen wie anderen Bereichen, etwa dem Gesundheitssystem und der Wirtschaft. Schulschließungen und Schließungen von Kindertageseinrichtungen dürften nur im äußersten Notfall erfolgen. Regionale Besonderheiten müssten mit Blick auf das Infektionsgeschehen stärker berücksichtigt werden. Schulpsychologische Dienste, Schulsozialarbeit und Schulseelsorge sollten ausgebaut werden. Die Konzepte für den Distanzunterricht müssten weiter verbessert werden. Und vor allem: Kinder aus prekären Familienverhältnissen bräuchten besondere Unterstützung.

Die Mitglieder des Hauptausschusses bekräftigten, dass neben der Bildungsgerechtigkeit auch die Generationengerechtigkeit auf dem Spiel stehe. Die Spaltung der Gesellschaft, beschleunigt durch die Corona-Pandemie, werde durch die Benachteiligung der Jüngsten weiter vorangetrieben. Das dürfe nicht sein.